

Die Vorteile einer EU-Mitgliedschaft lassen sich nicht am operativen Nettosaldo messen

WICHTIGSTE ERKENNTNISSE

Die nationalen operativen Haushaltssalden berücksichtigen nicht alle ökonomischen und nicht-monetären Vorteile, die Mitgliedstaaten aus ihrer Mitgliedschaft in der EU erwachsen. In vielen Politikbereichen, die grenzüberschreitenden Charakter haben oder eine kritische Masse erfordern, kann das gemeinsame Vorgehen auf EU-Ebene bessere Ergebnisse erzielen als fragmentierte einzelstaatliche Initiativen.

Mehrere Studien zeigen, dass der Binnenmarkt mehr Arbeitsplätze und Wachstum gebracht hat. Die Auswirkungen der Vertiefung des Binnenmarktes seit 1990 werden mit 3,6 Millionen neuen Arbeitsplätzen quantifiziert. Darüber hinaus wäre das BIP der EU ohne die Integration des Binnenmarktes um 8,7 % niedriger. Der durchschnittliche Unionsbürger verdient dank des Binnenmarktes 840 EUR mehr im Jahr. Auch wenn alle EU-Bürger dank des Binnenmarktes von Einkommenszuwächsen profitieren, sind diese Effekte für die Westeuropäer absolut gesehen höher. Im Verhältnis zum BIP sind die Gewinne und Verluste eher vergleichbar.

Abgesehen von den direkten Zugewinnen in Bezug auf BIP, Einkommen und Beschäftigung erwachsen aus der EU eine Reihe weniger quantifizierbarer, wohl aber bedeutenderer Vorteile. Der Binnenmarkt – und die EU als solche – ist nicht nur auf wirtschaftliche Vorteile fixiert. Die EU sorgt dafür, dass Gesetze zum Schutz der Arbeitnehmer, der Verbraucher und der Umwelt erlassen werden. So sind etwa die Luftschadstoffe seit 1990 drastisch zurückgegangen, was nicht zuletzt der EU-Gesetzgebung zur Senkung von Emissionen zu verdanken ist.

Die Mitgliedstaaten haben Zugriff auf gemeinsame Informationssysteme, die bei der Bewältigung grenzüberschreitender Probleme helfen, wie etwa im Fall von Lebensmittelwarnungen, Gesundheitsgefahren und bei der Strafverfolgung. Dank der Marktmacht der EU können die Mitgliedstaaten Handelsabkommen aushandeln, die zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum führen und zugleich die EU-Werte der Menschenrechte und des Umweltschutzes fördern. Der EU-Rahmen hat historisch zur Förderung von politischer Stabilität, internationalen Bindungen und demokratischen sowie liberalen Werten beigetragen.

Bei den Verhandlungen über den Haushalt der EU bleiben Vorteile aus der EU-Mitgliedschaft unberücksichtigt

Das vorliegende Briefing bietet eine Darstellung der monetären und nicht-monetären Vorteile, die Mitgliedstaaten aus ihrer Mitgliedschaft in der EU erwachsen. **Die Maßnahmen der EU werfen für die Einzelstaaten großen politischen und wirtschaftlichen Gewinn ab**, auch wenn dieser sich nicht immer in Zuweisungen aus dem Unionshaushalt niederschlägt. Namentlich werden diese Vorteile bei der Berechnung der nationalen operativen Haushaltssalden gewöhnlich nicht berücksichtigt und kommen folglich in den Debatten über den EU-Haushalt nicht zur Sprache. Der entscheidende Aspekt dieser Vorteile ist, dass sie eine Folge der EU-Mitgliedschaft sind und anders (d. h. auf nationaler Ebene) nicht hätten entstehen können. Ihre einzigartigen Merkmale – darunter ihre grenzüberschreitende Natur, der Bedarf an kritischer Masse und die Außenwirkung – bedeuten, dass die betreffenden Vorteile nur durch ein Handeln auf EU-Ebene erlangt werden können.¹

Dies ist eines von vier Briefings, mit denen die Einschränkungen des Indikators der operativen Haushaltssalden dargestellt werden sollen, die zu unangemessenen politischen Verhandlungen über den EU-Haushalt führen. In diesen begleitenden Briefings wird unter anderem klargelegt, dass die operativen Haushaltssalden sogar als Messlatte für die finanzpolitischen Vorteile von Mitgliedstaaten irreführend sind. Im Mittelpunkt des vorliegenden Briefings stehen die nicht haushaltsbezogenen Vorteile aus einer EU-Mitgliedschaft, die bei einer engen Anwendung der operativen Haushaltssalden völlig unberücksichtigt bleiben.

Wirtschaftliche Vorteile aus der EU-Mitgliedschaft

Die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten profitieren von der EU-Mitgliedschaft. Das liegt vor allem am Binnenmarkt und der wirtschaftlichen Integration, die zu mehr Wettbewerb, mehr Effizienz und höheren Handelsvolumen innerhalb der EU führt. Gleichermäßen ermöglicht die EU den Ländern eine bessere Ausgangsposition im internationalen Handel. Die Mitgliedstaaten haben zurzeit dank der auf EU-Ebene ausgehandelten Handelsverträge Zugang zu den Weltmärkten. Diese Faktoren haben positive Auswirkungen auf die Beschäftigung, das Wachstum und die Wissensverbreitung. Bei den Berechnungen der operativen Haushaltssalden werden diese Effekte komplett ausgeblendet.

Binnenmarkt und wirtschaftliche Integration

Der Binnenmarkt ist ein grenzfreier Raum, in dem Waren, Kapital, Menschen und Dienstleistungen frei verkehren können. Wesentlich ist auch, dass er den freien Verkehr und Austausch von Daten, Wissen und Informationen ermöglicht. Ziele des Binnenmarktes sind die Stärkung von Wettbewerb und Handel, die Verbesserung von Effizienz und Regelungen, die Qualitätssteigerung, Preissenkungen und der Abbau technischer Hürden sowie die Harmonisierung nationaler Regeln. **Ungeachtet der daraus erwachsenden eindeutigen ökonomischen Vorteile fördern die Regeln des Binnenmarktes auch den Verbraucher- und Umweltschutz, die Beschäftigung sowie die Gesundheits- und Arbeitsstandards**, wovon in diesem Briefing noch die Rede sein wird.

Vor allem gleicht der Binnenmarkt keinem gewöhnlichen Freihandelsabkommen. Letztere konzentrieren sich auf eine Auswahl von Sektoren und Personen, während der Binnenmarkt im Grunde nicht diskriminierend ist und für alle Bürger und Bereiche gilt. Anders als bei Freihandelsabkommen können die Binnenmarktregeln (z. B. Wettbewerbs- und staatliche Beihilfepolitik, gegenseitige Anerkennung) durch übernationale Institutionen, insbesondere den Europäischen Gerichtshof (EuGH), durchgesetzt werden, wobei das EU-Recht gegenüber der einzelstaatlichen Gesetzgebung Vorrang hat.



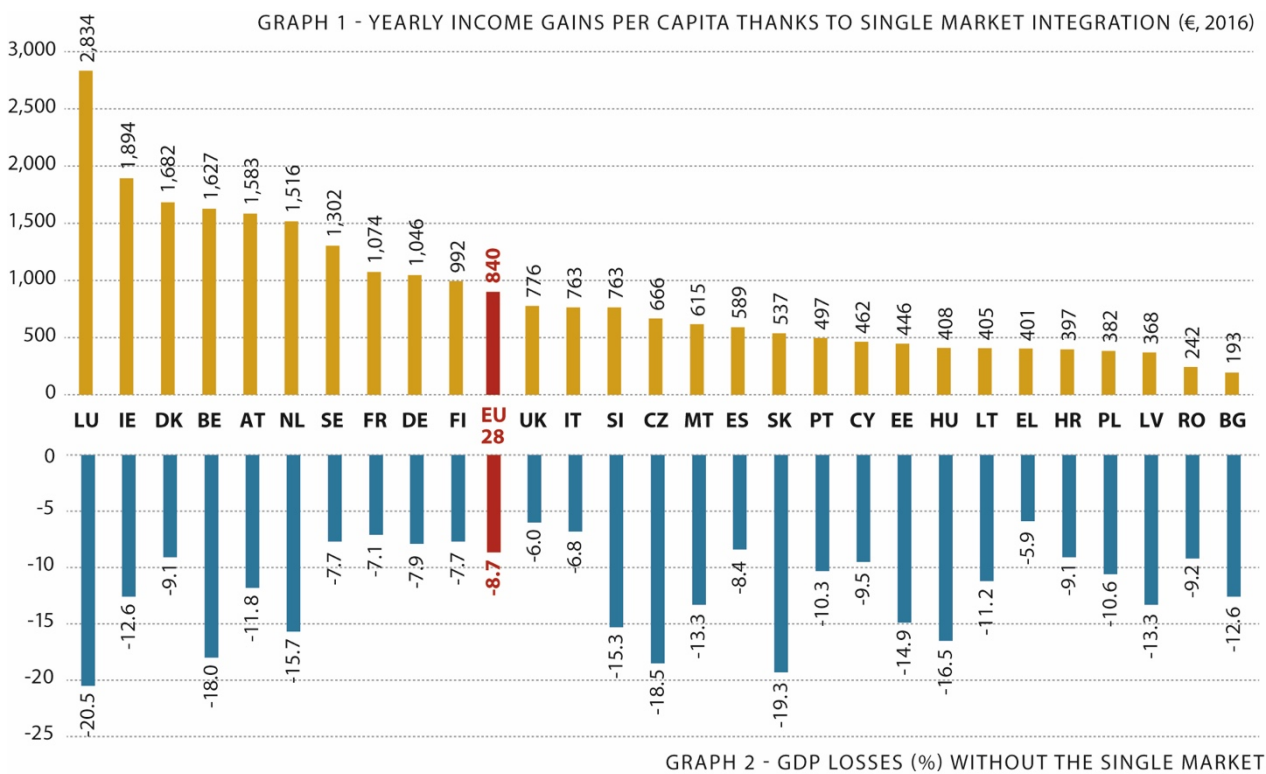
Quellen (jeweils): Højbjerg Brauer Schultz (2018): „[25 years of the European Single Market: Study funded by the Danish Business Authority](#)“. Kopenhagen; Eurostat: „[EU-Intrahandel und internationaler Handel nach Mitgliedstaat und nach SITC Produktgruppen](#)“ (abgerufen am 13. Januar 2020); Amerikanische Handelskammer bei der EU (2017): „[The EU Single Market: Impact on Member States](#)“. Brüssel.

Erläuterungen: 56 Millionen Arbeitsplätze hängen vom Binnenhandel in der EU ab. Volumen des Binnenhandels für Güter: 1910 Milliarden EUR in 2002; 3527 Milliarden EUR in 2018. 3.6 Millionen Arbeitsplätze wurden dank der Vertiefung des Binnenmarkts zwischen 1990 und 2015 geschaffen.

Durch den Abbau von Handelsbeschränkungen, die Förderung des Wettbewerbs und die Senkung von Preisen **trägt der Binnenmarkt zur Steigerung der Handelsströme, des BIP und der Beschäftigung bei**. 1988 schätzte der Cecchini-Bericht – ein höchst einflussreicher Beitrag zur Vorbereitung der Vollendung des Binnenmarktes im Jahr 1993 – die ökonomischen Gewinne aus dem Binnenmarkt auf 200 Mrd. ECU (Europäische Währungseinheit).² Obwohl es schwierig ist, den direkt mit dem Binnenmarkt zusammenhängenden Wachstumseffekt genau zu berechnen, liegt auf der Hand, dass die wirtschaftliche Integration der EU in Teilen für die immense Zunahme des innergemeinschaftlichen Handels und das damit zusammenhängende Wachstum und die Beschäftigung ursächlich ist. Beispielsweise hat laut jüngsten empirischen Studien der **Handel von Waren und Dienstleistungen durch den Binnenmarkt um 109 % bzw. 58 % zugenommen**.³ **Das BIP der EU wäre ohne die Integration des Binnenmarkts um 8,7 % geringer** (siehe Abb. 1).

Alle Länder profitieren von der Binnenmarktintegration. Das Diagramm 1 in Abbildung 1 zeigt den jährlichen Wohlfahrtsgewinn für die Bürger (in Zahlen von 2016).⁴ Es wird recht deutlich, dass die Westeuropäer in absoluten Zahlen bezüglich ihrer Wohlfahrt mehr profitieren als die süd- und osteuropäischen Bürger. Dem entgegengesetzt zeigt das Diagramm 2 die relativen Auswirkungen und die Minderung des nationalen BIP, sollten die durch den Binnenmarkt abgeschafften Zölle und nichttarifären Hemmnisse wieder eingeführt werden.⁵ Das geografische Bild ist hier nuancierter, insofern diejenigen Länder mit den größten Verlusten Luxemburg, die Slowakei, die Tschechische Republik, Belgien, Ungarn und die Niederlande wären.

Abb. 1. Wirtschaftliche Vorteile des Binnenmarkts



Quellen (jeweils): Mion, Giordano und Ponattu, Dominic (2019): „[Estimating economic benefits of the Single Market for European countries and regions](#)“. Bertelsmann Stiftung; Jan in 't Veld (2019): „[Quantifying the Economic Effects of the Single Market in a Structural Macromodel](#)“. Brüssel: Europäische Kommission.

Erläuterungen: Graph 1 - jährlicher Einkommenszuwachs pro Kopf dank der Vertiefung des Binnenmarktes. In EUR, 2016. Graph 2: hypothetische Einbußen des BNE in Prozent ohne den Binnenmarkt.

Die Bedeutung des Binnenmarktes für den internationalen Handel außerhalb der EU

Das Vorhandensein des Binnenmarktes ist von entscheidender Bedeutung bei den Gesprächen über Handelsabkommen mit Drittländern. Zweifelsohne **hätten die Mitgliedstaaten auf sich allein gestellt bei der Unterzeichnung von Handelsabkommen nicht denselben Erfolg wie die EU-Handelspolitik**. Erstens haben Drittländer Interesse am Zugang zu einem der größten Exportmärkte der Welt. Zweitens verfügt die EU, anders als einzelne Mitgliedstaaten, über die kritische Masse, um Handelsgespräche aus einer Machtposition heraus zu führen. Diese Macht ermöglicht es der EU, Handelspartnern hohe Standards in strategischen, nicht-wirtschaftlichen Bereichen abzuverlangen, etwa bezüglich des Schutzes der Menschenrechte und der Umwelt (wie noch zu erörtern sein wird). **Die EU hat zurzeit 42 Handelsabkommen mit 73 Drittländern.**⁶

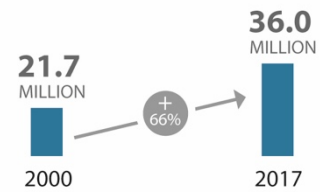
Handelsabkommen sind für die Wirtschaft der EU von ausschlaggebender Bedeutung. **Auf die Länder, mit denen die EU Präferenzabkommen eingegangen ist, entfällt der Löwenanteil der Warenexporte und -importe der Union** (33 % bzw. 29 % im Jahr 2018).⁷ Es wird davon ausgegangen, dass Handelsabkommen positive, langfristige Auswirkungen auf Beschäftigung und Wachstum in der EU haben werden. Durch die Gelegenheit, einfacher in größere Märkte exportieren zu können, ergibt sich eine größere Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen von Ausfuhrunternehmen in der EU, wie auch anderen aus deren Lieferketten innerhalb des Binnenmarktes, was zu mehr Beschäftigungsmöglichkeiten in der Union führt. Schätzungen gehen davon aus, dass **36 Millionen Stellen 2017 von Exporten in Länder außerhalb der EU abhängig waren**.⁸

Durch den Binnenmarkt kann die EU bedeutende auswärtige Direktinvestitionen anziehen. In der Union tätige auswärtige Unternehmen haben positive Auswirkungen, etwa durch die Schaffung von Arbeitsplätzen, den Transfer von Technologien sowie durch neue Kompetenzen und Know-how. Ebenso haben Unternehmen aus der EU Zugang zu zusätzlichen Märkten, um im Ausland investieren und geschäftlich tätig werden zu können.

Nicht-monetäre Vorteile aus der EU-Mitgliedschaft

Bei den Berechnungen der operativen Haushaltssalden kommen Vorteile, die sich quantitativ nicht kalkulieren, sondern lediglich qualitativ berücksichtigen lassen, zu kurz. Trotzdem sind sie für Bürger und Länder von höchster Bedeutung: Sie reichen von **Vorzügen, die sich im Alltag bemerkbar machen** (z. B. Freizügigkeit der Bürger bei der Wahl ihres Wohnorts, Lebensmittelsicherheit) **bis hin zu allgemeinen Grundsätzen** (z. B. Demokratie, Frieden, Sicherheit). Diese Maßnahmen bringen großen politischen und wirtschaftlichen Nutzen, auf sie entfällt aber nur ein relativ geringer Anteil an den Ausgaben der EU. Daher sind Indikatoren, die auf Haushaltszahlungen beruhen, wie die operativen Haushaltssalden, naturgemäß nicht geeignet, um diese Vorteile der EU-Mitgliedschaft zu messen.

JOBES DEPENDENT ON EU EXPORTS TO THE REST OF THE WORLD:



7.9 million people employed in foreign companies in the EU

14 million people worldwide employed in affiliates of EU companies

FOREIGN DIRECT INVESTMENT STOCKS 2017:



Quellen: Quellen (jeweils): Arto, Inaki, Rueda-Cantuche, José M., Cazcarro, Ignacio, Amores, Antonio F., Dietzenbacher, Erik, Román, M. Victoria und Kutlina-Dimitrova, Zornitsa (2018): [„EU exports to the world: effects on employment“](#). JRC113071, Brüssel: Europäische Kommission. Cernat, Lucian (2019, Hrsg.): [„TRADE FOR YOU TOO: Why is trade more important than you think?“](#). Ausgabe 1, Europäische Kommission. Europäische Kommission: [„Trade > Policy > Accessing markets > Investment“](#) (abgerufen am 13. Januar 2020).

Erläuterungen: In 2017 waren 36 Millionen Arbeitsplätze von EU-Exporten in andere Teile der Welt abhängig, ein Anstieg von 66% seit 2000 (damals 21.7 Millionen).

7.9 Millionen Menschen sind bei ausländischen Firmen in der EU angestellt. 14 Millionen Menschen weltweit arbeiten bei Tochtergesellschaften von EU-Firmen.

Persönlicher Schutz

1. Schutz der Arbeitnehmer

Da Bürger im Laufe ihres Lebens in verschiedenen Mitgliedstaaten arbeiten können, müssen ihre Sozialversicherungsrechte durch ein gemeinsames System geschützt werden. Die EU hat keinen Einfluss auf die Operationalität der nationalen Sozialversicherungssysteme, aber sie stellt sicher, dass **Bürger anderer EU-Staaten und die Exportierbarkeit von Leistungen nicht benachteiligt werden**.

Mit dem Unionsrecht wurden arbeitsrechtliche Mindeststandards eingeführt. So hat die EU beispielsweise mit der Arbeitszeitrichtlinie 2003/88/EG **gemeinsame Normen zum Schutz von Arbeitnehmern** festgelegt, wie etwa die Arbeitswoche mit maximal 48 Stunden, vier Wochen bezahlten Urlaub im Jahr, das Recht auf Pausen während der Arbeitszeit und Regeln für die Nachtarbeit. Zudem wurden mit der europäischen Rahmenrichtlinie 89/391 EWG zur Sicherheit und zum Gesundheitsschutz bei der Arbeit allgemeine Grundsätze in Bezug auf die Mindestanforderungen an den Gesundheitsschutz und die Sicherheit festgelegt. Diese Richtlinie bildet die Grundlage für andere Richtlinien, mit denen die Mindestpflichten der Arbeitnehmer und Arbeitgeber festgelegt wurden (z. B. Schutz vor Belastung durch karzinogene Substanzen am Arbeitsplatz).

2. Gleichstellung der Geschlechter

Die Geschlechtergleichstellung und der Kampf gegen geschlechtsspezifische Diskriminierung sind Werte, die in den Verträgen verankert sind.⁹ Obwohl weitere Fortschritte nötig sind, hat die EU mittels verschiedener Regelungen in den letzten Jahrzehnten wichtige Schritte in die richtige Richtung gemacht. Beispielsweise:

- ist in der Richtlinie 79/7/EWG des Rates die Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Bereich der sozialen Sicherheit vorgeschrieben, auch in Fällen von Invalidität, Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter;
- sind in der Richtlinie 92/85/EWG Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von schwangeren Arbeitnehmerinnen, Wöchnerinnen und stillenden Arbeitnehmerinnen vorgesehen;
- ist in der Richtlinie 2004/113/EG des Rates die Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zu und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen vorgesehen (z. B. dürfen Kosten im Zusammenhang mit Schwangerschaft bei der Berechnung von Versicherungsprämien nicht berücksichtigt werden);
- wird mit der Richtlinie 2006/54/EG die Gleichbehandlung beim Zugang zu Beschäftigung, beim beruflichen Aufstieg und bei den Arbeitsbedingungen sichergestellt und der Grundsatz des gleichen Entgelts für gleiche Arbeit festgelegt;
- wird mit der Richtlinie 2010/18/EG des Rates ein Elternurlaub von mindestens vier Monaten festgelegt.

3. Verbraucherschutz

In der EU-Gesetzgebung sind Verbraucherrechte, Standards für Produkte und Informationen sowie Verfahren zum Umgang mit Risiken festgelegt. **Angesichts des grenzüberschreitenden Charakters der Wirtschaft ist es von größter Bedeutung, dass diese Rechte und Regeln einheitlich in der ganzen EU gelten**, um Grauzonen zu vermeiden, die sich aus unterschiedlichen nationalen Vorschriften ergeben können. Beispiele für Vorteile, die mit dem EU-Verbraucherschutz verbunden sind:

- Fahrgäste verschiedener Verkehrsmittel genießen Rechte bezüglich der Echtzeitinformation und der Entschädigung bei Stornierung und/oder Verspätung.
- Verbraucher können von einem Online-Kauf jederzeit innerhalb von 14 Tagen zurücktreten und eine Rückerstattung des Kaufpreises verlangen.
- Bürgern dürfen für Anrufe, SMS und Datennutzung in anderen Mitgliedstaaten keine Roaming-Gebühren in Rechnung gestellt werden.

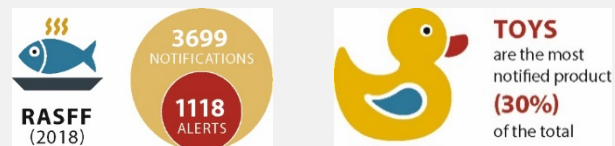
Aufstellung von Normen

Mithilfe von Normen werden technische Vorschriften für Produkte und Dienstleistungen festgelegt. In Europa können drei Normungsorganisationen eine europäische Norm ratifizieren, indem sie die relevanten Interessenträger an einen Tisch bringen. Zusätzlich beschreibt der Begriff „Norm“ Regeln und Gesetze, aus denen grundlegende technische Anforderungen für Unternehmen, die im Binnenmarkt tätig sind, hervorgehen. **Die Ersetzung einer Vielzahl (und potenziell widerstreitender) nationaler Normen durch gemeinsame Normen hat eindeutig positive Effekte.** Durch die Übernahme der gemeinsamen Norm haben Unternehmen aus der EU einen leichteren Zugang zu größeren Märkten. Laut Einschätzungen haben Normen zu den Wachstumsraten des BIP beigetragen (z. B. mit 0,8 % zum französischen BIP-Wachstum zwischen 1950 und 2007 und mit 0,9 % zum deutschen BIP-Wachstum zwischen 1960 und 1996).¹⁰

Kasten 1. Lebensmittel- und Produktsicherheit

EU-weite Systeme für den Informationsaustausch, die Produktverfolgung und das Warnmeldewesen sind von entscheidender Bedeutung, um sicherzustellen, dass gefährliche Lebensmittel und Produkte vom Markt genommen werden.

- Das Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittel (RASFF) leitet Informationen über Risiken und Gefahren für die Lebensmittelsicherheit rasch an alle Länder weiter.
- Das integrierte EDV-System für das Veterinärwesen (TRACES) ist ein EU-Programm, das sämtliche Verbringungen von Pflanzen, Saatgut, Lebensmitteln und Tieren (einschließlich importierter Güter) im gesamten Binnenmarkt nachverfolgt und somit Sicherheitswarnungen erleichtert.
- Das Schnellwarnsystem für Nicht-Lebensmittelprodukte dient als Anlaufstelle für das Melden von Gesundheitsrisiken durch Verbraucher und Anwender und gibt diese Informationen weiter.



Quellen: Europäische Union (2019): „[RASFF Annual Report 2018](#)“; Europäische Kommission (2016), „[Safety Gate: just a click to keep away from dangerous products](#)“.

Erläuterungen zur Grafik: In 2018 gab es 3699 Warnungen, davon 1118 mit hoher Dringlichkeit. Die Produktgruppe, für die es die meisten Warnungen gibt, sind Spielzeuge (30% aller Warnungen).

EU-Normen haben auch eine internationale Dimension. Sofern eine Norm weitestgehend innerhalb der Union Anwendung findet, und vor allem in Bereichen, die dem internationalen Handel und seinen Akteuren offenstehen, hat sie das Potenzial, von Drittparteien übernommen zu werden und zu einer weltweiten Norm zu werden. In diesem Fall genießen Unternehmen aus der EU einen bedeutenden Wettbewerbsvorteil, da sie die Norm von Anfang an befolgt haben und mit ihr vertraut sind.

Kasten 2. Der Datenschutz ist dabei, zur weltweiten Norm zu werden

Mit der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) werden die Rechte von Nutzern an ihren eigenen Daten gestärkt und geschützt und die Durchsetzbarkeit durch die Bestrafung widersetzlicher Teilnehmer gesteigert. Die DSGVO ist ein Beispiel dafür, wie EU-Regeln in der Praxis zur Norm werden. Die DSGVO hat eine starke internationale Dimension, da sie für alle Fälle gilt, in denen Unionsbürger betroffen sind. Trotz der hohen Kosten für die Einhaltung und der fortgesetzten Diskussionen über mögliche Einsparungen hat sie das Potenzial, zur Vorlage für eine weltweite Harmonisierung des Datenschutzes zu werden. Dies würde den einschlägigen Arbeitskräften in der EU und Unternehmen, die sie bereits befolgen, einen klaren Wettbewerbsvorteil verschaffen. Brasilien, Kalifornien und Australien prüfen bereits, wie sie ihre eigene Datenschutzgesetzgebung an die DSGVO anpassen können.

Freizügigkeit

Die Freizügigkeit bietet neben wirtschaftlichen Vorteilen die Grundfreiheit der Wahl des Wohnortes – die ein Wert für sich ist. Abgesehen von den Einsparungen durch den visafreien Reiseverkehr bietet die Freizügigkeit von Arbeitskräften und Studenten Vorteile im Sinne **einer Stärkung des Humankapitals, des Austausches und der Verbreitung von Wissen und Informationen sowie der Schaffung grenzüberschreitender Netzwerke**. Um die Größenordnung der studentischen Mobilität zu veranschaulichen und einen nicht-monetären Indikator der damit verbundenen Vorteile bereitzustellen, zeigt die Tabelle 1 die Anzahl der Teilnehmer an Erasmus+ aus bestimmten Mitgliedstaaten.¹¹ Unter Berücksichtigung der Bevölkerungsgröße haben einige Länder einen größeren Anteil an Austauschstudierenden und sind infolgedessen im Vorteil.

Tabelle 1. Erasmus+, Bewegungen von Hochschulstudierenden (Aufruf 2016)

	Ausgänge	Eingänge	Teilnehmer am Erasmus-Programm in % der nationalen Bevölkerung
Frankreich	43 905	28 722	0,108 %
Deutschland	40 959	34 497	0,091 %
Italien	35 666	26 294	0,103 %
Polen	15 453	16 908	0,085 %
Rumänien	7 202	3 541	0,055 %
Griechenland	5 259	4 688	0,093 %

Die dritte Spalte zeigt die Summe der Eingänge und Ausgänge von Erasmus-Studierenden als Prozentsatz der nationalen Bevölkerung.

Quellen: Berechnungen der Verfasser auf Grundlage von Europäische Kommission (2019): „[Erasmus+ annual report 2017: Statistical annex](#)“. Brüssel, S. 32; Eurostat: „[Bevölkerung am 1. Januar, Code: tps00001](#)“ (abgerufen am 13. Januar 2020).

Kasten 3. Anerkennung Qualifikationen

Gegenseitige akademischer

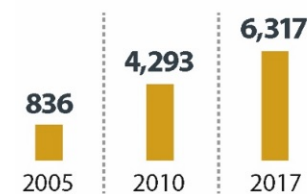
Die EU hat die Mobilität von Arbeitnehmern und Studierenden erheblich vereinfacht, indem sie dafür gesorgt hat, dass die akademischen Qualifikationen unterschiedlicher Mitgliedstaaten von den Hochschulen und Arbeitgebern anerkannt werden. Dies wurde durch den Bologna-Prozess ermöglicht, mit dem die Struktur der Hochschulausbildung harmonisiert und das Europäische System zur Übertragung und Akkumulierung von Studienleistungen eingeführt wurde.

Die Medaille der Freizügigkeit hat jedoch zwei Seiten. Einerseits ermöglicht sie Ländern, auf nötige Arbeitskraft zuzugreifen, und Arbeitnehmern, ihren Wohnort zu wählen. Andererseits kann sie zu einem „Brain Drain“ führen, bei dem hochqualifizierte und oft junge Arbeitnehmer weniger dynamische Regionen mit geringeren Beschäftigungsmöglichkeiten und niedrigeren Gehältern verlassen. Zugleich können dynamischere Regionen – oft in den Nettozahlerländern – zusätzliche Arbeitskräfte anziehen.

Sicherheit

Grenzüberschreitende Gefahren (z. B. Terrorismus, organisierte Kriminalität, Menschen-, Waffen- und Drogenhandel, Geldwäsche) **haben die innereuropäische Zusammenarbeit nötig gemacht** und die Union dazu veranlasst, gemeinsame Reaktionen und Regeln zu entwickeln. Nach Artikel 83 AEUV können das Europäische Parlament und der Rat „Mindestvorschriften zur Festlegung von Straftaten und Strafen in Bereichen besonders schwerer Kriminalität festlegen, die [...] eine grenzüberschreitende Dimension haben“,¹² wie die oben angeführten. Diese Rechtsgrundlage wurde beispielsweise im Rahmenbeschluss des Rates 2002/475/JI zur Terrorismusbekämpfung angewandt.

EXECUTED EUROPEAN ARREST WARRANTS



Quelle: *Europäisches Justizportal*: „[Europäischer Haftbefehl](#)“ (abgerufen am 13. Januar 2020). Zahl der ausgeführten Europäischen Haftbefehle.

Ein Beispiel für einen europäischen Mehrwert im Bereich der inneren Sicherheit ist der Europäische Haftbefehl (European Arrest Warant), der es Mitgliedstaaten ermöglicht, einen in der gesamten Union gültigen Haftbefehl auszustellen. Infolgedessen können Mitgliedstaaten eine gegenseitige Auslieferung ihrer Bürger nicht verweigern. Dieses Werkzeug ist in einem Gebiet ohne Grenzen, in dem Kriminelle einfach in ein anderes Land ausreisen können, nötig. Darüber hinaus bietet die EU-Agentur für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) den Mitgliedstaaten operative Unterstützung, Analyse und Expertenwissen und gewährleistet den korrekten Informations- und Datenaustausch. Diese Dienstleistungen sind bei der Verfolgung grenzüberschreitender Delikte von ausschlaggebender Bedeutung.

Internationale Soft Power

Ihre große Marktmacht erlaubt es der Europäischen Union, erhebliche Soft Power auszuüben. Beispielsweise hat die Union in ihre Freihandelsabkommen mit Südkorea, Kanada und Japan Kapitel zum Handel und zur nachhaltigen Entwicklung einbezogen. Diese Kapitel sehen bindende Verpflichtungen zu Arbeitnehmerrechten und Umweltschutz vor, die in internationalen Vereinbarungen verankert sind (z. B. in den Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation). Zudem sind wirtschaftliche Zwangsmittel (z. B. Sanktionen gegen Drittländer) gewichtiger und wirkungsvoller, wenn sie von der Union als Ganzes anstatt von einigen Mitgliedstaaten angewandt werden.

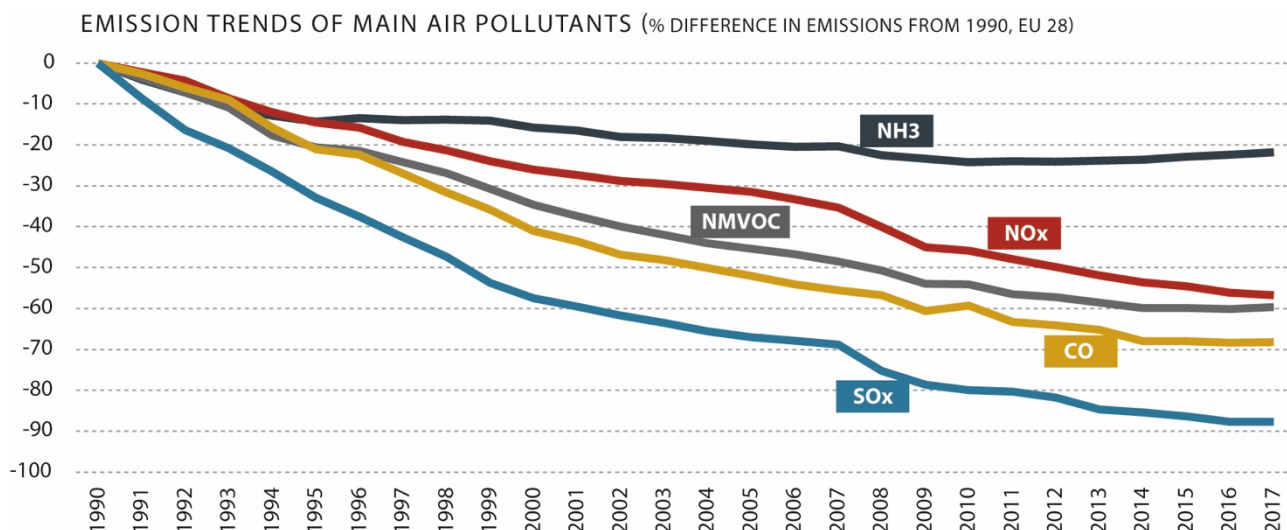
Das Engagement der Europäischen Union und ihrer Institutionen in internationalen Angelegenheiten führte zu Verträgen, die von Mitgliedstaaten im Alleingang nicht so leicht erzielt worden wären. Dies trifft etwa auf den Gemeinsamen umfassenden Aktionsplan (JCPOA), also die Atomvereinbarung mit dem Iran, zu, in dessen Rahmen die drei unmittelbar damit befassten Mitgliedstaaten durch die vereinten Kräfte der Union und die direkte Beteiligung von EU-Institutionen unterstützt wurden. Ungeachtet der jüngsten Schwierigkeiten bei der Umsetzung verdankt sich die bloße Tatsache, dass der JCPOA überhaupt zustande kommen konnte, dem Handeln und der Beharrlichkeit der EU, in engem Austausch mit anderen Partnern. Entsprechend ist **das Pariser Klimaschutzübereinkommen ein Beispiel dafür, wie Mitgliedstaaten von der Beteiligung der Institutionen und der Klimadiplomatie der EU profitieren, um gemeinsame Ziele auf globaler Ebene zu erreichen.**

Die „Blockmacht“ hilft den EU-Ländern bei der Erreichung ihrer jeweiligen Ziele. Dies wurde während der Brexit-Verhandlungen deutlich, wo Irland aufgrund der Unterstützung durch die EU aus einer Position der Stärke heraus mit dem Vereinigten Königreich verhandeln konnte.

Umweltschutz

Der Schutz der Umwelt ist angesichts seines grenzüberschreitenden Charakters ein Politikbereich, in dem die Vorteile des gemeinsamen Handelns der EU auf der Hand liegen. **Wasser- und Luftverschmutzung machen nicht an Grenzen halt, daher sind harmonisierte Normen und gemeinsame Regeln für alle Beteiligten von Nutzen** und verhindern Trittbrettfahrer. EU-Richtlinien zur Luftverschmutzung gibt es seit Jahrzehnten. Die Richtlinie 88/609/EWG begrenzt die Emissionen von Schwefeldioxid und Stickoxiden. Wie in Abbildung 2 zu sehen ist, sind die Emissionen dieser und anderer wichtiger Schadstoffe seit 1990 erheblich zurückgegangen. **Gegen Mitgliedstaaten, die die Schadstoffgrenzwerte missachten, können Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet werden, und sie können vom EuGH rechtlich belangt werden**, was finanzielle Sanktionen nach sich ziehen kann. Unlängst hat der Gerichtshof geurteilt, dass „Frankreich [...] den Jahresgrenzwert für Stickstoffdioxid seit dem 1. Januar 2010 systematisch und anhaltend überschritten“ hat.¹³ Obwohl der technische Fortschritt zu einem Übergang zu saubereren Praktiken beiträgt, ist der Anreiz durch gesetzliche Emissionsgrenzwerte von großer Bedeutung. Wie man an den Vertragsverletzungsverfahren sieht, ist keineswegs sicher, dass die Mitgliedstaaten ihre Schadstoffemissionen ohne die gesetzlichen Beschränkungen durch die EU derart drastisch zurückgefahren hätten. Entsprechend sind die EU-Regelungen, wie auch der finanzielle Beistand, ein starker Anreiz für Beitrittskandidaten, ihre Luftqualität zu verbessern und ihre Umweltinstitutionen zu stärken.

Abbildung 2. Verbesserung der Luftqualität in der EU



Quelle: Europäische Umweltagentur. „[Air pollutant emissions data viewer \(Gothenburg Protocol, LRTAP Convention\) 1990-2017](#)“ (abgerufen am 13. Januar 2020).

Erläuterungen: Entwicklung der Emissionen der wichtigsten Luftschadstoffe (als prozentualer Unterschied zu den Emissionen von 1990, EU 28).

Friedenssicherung

Es ist eine historische Tatsache, dass langjährige Feinde wie Deutschland und Frankreich mit einer Vorgeschichte bilateraler Kriege gelernt haben, im institutionellen Rahmen der Europäischen Gemeinschaften und der Union enge Partner mit starken Bindungen zu werden und gemeinsame Strategien zu verfolgen. Unstrittig liefert die EU damit, zusammen mit anderen supranationalen Organisationen, die den Frieden und die Sicherheit fördern (d. h. NATO, Vereinte Nationen, Europarat), eine wichtige Erklärung für die herausragende Friedensleistung auf dem europäischen Kontinent nach 1945. Zusätzlich zum Frieden hat die EU ihren Bürgern die Möglichkeit geboten, sich mit unterschiedlichen Kulturen vertraut zu machen und auf einer eher persönlichen Ebene Vorurteile zu überwinden. **Der Wert des Friedens in Europa ist finanziell nicht quantifizierbar, er ist aber nichtsdestotrotz von alles überragender Bedeutung.**

Kasten 4. Das Karfreitagsabkommen (1998)

Die EU spielte eine Rolle als Vermittler für die Zusammenarbeit und Entwicklung auf beiden Seiten der nordirischen Grenze. Die EU-Mitgliedschaft schuf die Voraussetzungen für die Schaffung und Umsetzung der offenen Grenze in Irland. Erstens wurden Grenzkontrollen mit dem Binnenmarkt effektiv abgeschafft. Zweitens begegneten sich die britischen und irischen Verhandlungsführer im Rahmen der zwischenstaatlichen EU-Regierungszusammenarbeit als Gleichberechtigte, was das beiderseitige Vertrauen förderte. Drittens hat die EU viel in die grenzüberschreitende Infrastruktur und Zusammenarbeit investiert.

Quelle: Phinnemore, David, und Hayward, Katy (2017): „[UK Withdrawal \('Brexit'\) and the Good Friday Agreement](#)“. PE 596.826, Brüssel: Europäisches Parlament.

Aus diesen und anderen Gründen wurde die EU 2012 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Die Union und ihre Vorgängerorganisationen tragen seit mehr als sechs Jahrzehnten zur Förderung von Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten in Europa bei. [...] Heute ist ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich undenkbar. [...] Die Spaltung in Ost und West gehört weitgehend der Vergangenheit an; die Demokratie wurde gestärkt; ethnische Konflikte in vielen Ländern wurden beigelegt. [...] Die stabilisierende Rolle der EU hat dazu beigetragen, einen Großteil Europas von einem kriegerischen Kontinent in einen Kontinent des Friedens zu verwandeln.

– Norwegisches Nobelpreiskomitee¹⁴

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Der Rahmen und die Institutionen der Europäischen Union bieten gegenüber den Regierungen der Einzelstaaten eine zusätzliche Kontrollebene, was Werte und liberale demokratische Normen anbetrifft. **In Fällen von Defiziten auf der nationalen Ebene bietet die EU den Bürgern einen zusätzlichen Schutz ihrer Rechte.** Insbesondere Artikel 7 EUV legt die Mechanismen der Union hinsichtlich der Verletzung von EU-Werten wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte durch Mitgliedstaaten dar. Das Verfahren kann zur Aussetzung der mit der Mitgliedschaft eines Landes verbundenen Rechte führen, einschließlich der Stimmrechte. Allerdings ist das Verfahren bekanntermaßen nicht dazu geeignet, Sanktionen gegen mehr als einen Mitgliedstaat zu verhängen, weil der Beschluss im Europäischen Rat einstimmig gefasst werden muss.

Die Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft ist ein sehr starker Anreiz für Reformen. Um die Beitrittsbedingungen zu erfüllen, müssen die Kandidatenländer demokratische Institutionen haben und die Rechtsstaatlichkeit sowie die Menschenrechte achten. In Griechenland, Portugal und Spanien war die Aussicht auf einen Beitritt zur EU nach dem Ende der dortigen Diktaturen ein bedeutender Motor für die Stärkung der demokratischen Institutionen. Heute beruhen die demokratischen Reformen und die Achtung vor dem Rechtsstaatsprinzip im westlichen Balkan auf den Beitrittskriterien und der Unterstützung durch die EU. Während die Anreize für Kandidatenländer sehr groß sind, kann der Effekt nachlassen, wenn sie erst einmal beigetreten sind.

Auch wenn die jüngsten Entwicklungen in einigen Mitgliedstaaten auf die Grenzen des Apparats der Union zum Schutz von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit hindeuten, kann man davon ausgehen, dass es um die Demokratie in diesen Ländern noch schlechter bestellt wäre, wenn sie nicht in der EU wären.

Schlussfolgerung

In diesem Briefing wurde eine nicht erschöpfende Liste der Vorteile präsentiert, die eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union für die Mitgliedstaaten bringt, insbesondere in Politikfeldern, in denen Alleingänge zu weniger guten Ergebnissen führen würden. Bei Nettohaushaltssalden wie den operativen Haushaltssalden werden keine dieser Vorteile berücksichtigt. **Aus der extrem engen Perspektive der operativen Haushaltssalden ist der einzige Vorteil aus einer EU-Mitgliedschaft der Rückfluss von Mitteln an einen Mitgliedstaat.** Ein solcher Indikator kann nicht viel mehr als ein Zerrbild der wahren Kosten-Nutzen-Analyse einer Unionsmitgliedschaft zeichnen. Da bei den Verhandlungen über den kommenden Mehrjährigen Finanzrahmen einem derart schwachen Kompass (lies: den operativen Haushaltssalden) erhebliches Gewicht beigemessen wird, werden die daraus resultierenden Entscheidungen den Interessen der europäischen Bürger zuwiderlaufen und Politikbereiche außer Acht lassen, die typischerweise einen sehr geringen Anteil an den gemeinschaftlichen Ausgaben haben, aber erhebliches Potenzial besitzen, europäischen Mehrwert zu schaffen.

- ¹ Zuleeg, Fabian (2009): „[The Rationale for EU Action: What are European Public Goods?](#)“, Beratergremium für europäische Politik.
- ² Cecchini, Paolo, Catinat, Michael, und Jacquemin, Alex (1988): *Europa '92: Der Vorteil des Binnenmarkts* (dt. Bearb.: Michael Stabenow), Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft
- ³ Mayer, Thierry, Vicard, Vincent, und Zignago, Soldedad (2018): „[The Cost of Non-Europe, Revisited](#)“, Paris: Centre d'Études Prospectives et d'Informations Internationales.
- ⁴ Das von den Verfassern verwendete Modell ist das „Gravitationsmodell“, bei dem davon ausgegangen wird, dass das Handelsvolumen mit der Größe der ein- und ausführenden Länder zunimmt und dass es bei wachsender Entfernung zwischen den Ländern abnimmt. Mion und Ponattu gehen von einem kontrafaktischen Szenario der Abschaffung des Binnenmarktes aus und leiten seine Steigerungswirkung anhand verschiedener Variablen ab: Produktivität, Wohlfahrt (Einkommen) und Handelsspannen. Mion, Giordano und Ponattu, Dominic (2019): „[Estimating economic benefits of the Single Market for European countries and regions](#)“. Bertelsmann Stiftung.
- ⁵ Die Verfasser wenden das „QUEST-Modell“ an, ein globales makroökonomisches Modell, das für die Analyse und Untersuchung der makroökonomischen Politik entwickelt wurde. Mayer, Vicard und Zignano verwenden ein Gravitationsmodell, das zu zurückhaltenderen Schätzungen über die BIP-Einbußen durch eine Abschaffung des Binnenmarktes gelangt. Die von ihnen geschätzten Verluste für die EU-28 bewegen sich zwischen 4,4 % und 5,5 %. Siehe Mayer, Vicard und Zignago (2018): *a. a. O.*
- ⁶ Europäische Kommission: „[Trade: EU-Singapore agreement to enter into force on 21 November 2019](#)“, 8. November 2019a.
- ⁷ Europäische Kommission (2019b): „[Bericht der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über die Umsetzung von Freihandelsabkommen: 1. Januar 2018 – 31. Dezember 2018](#)“.
- ⁸ Arto, Inaki, Rueda-Cantuche, José M., Cazcarro, Ignacio, Amores, Antonio F., Dietzenbacher, Erik, Román, M. Victoria und Kutlina-Dimitrova, Zornitsa (2018): „[EU exports to the world: effects on employment](#)“. JRC113071, Brüssel: Europäische Kommission.
- ⁹ Artikel 19 AEUV ermöglicht die Einführung von Gesetzen zur Bekämpfung der diskriminierenden Behandlung in vielen Bereichen, einschließlich der geschlechtsspezifischen Diskriminierung. Die gleiche Bezahlung ist in Artikel 157 AEUV festgeschrieben.
- ¹⁰ Blind, Knut, Jungmittag, Andre, und Mangelsdorf, Axel (2011): „[Der gesamtwirtschaftliche Vorteil der Normung. Eine Aktualisierung der DIN-Studie aus dem Jahr 2000](#)“. Berlin: DIN Deutsches Institut für Normung e. V.
- ¹¹ Die Auswahl der Mitgliedstaaten entspricht den Anweisungen gemäß den Projektvorgaben für das vorliegende Briefing.
- ¹² Europäische Union (2012): „[Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union](#)“: Artikel 83 Absatz 1, S. 80.
- ¹³ Gerichtshof der Europäischen Union: „[Pressemitteilung Nr. 132/19](#)“. 24. Oktober 2019, S. 1.
- ¹⁴ Norwegisches Nobelpreiskomitee, „[The Nobel Peace Prize for 2012](#)“. 12. Oktober 2012.

Haftungsausschluss und Copyright: Die hier vertretenen Auffassungen geben die Meinung des Verfassers wieder und entsprechen nicht unbedingt dem Standpunkt des Europäischen Parlaments. Nachdruck und Übersetzung – außer zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe sind gestattet, sofern das Europäische Parlament vorab unterrichtet und ihm ein Exemplar übermittelt wird. © Europäische Union, 2020.

Verantwortlicher Verwaltungsbeamter: Alexandre MATHIS

Kontakt: Poldep-Budg@ep.europa.eu

Das vorliegende Dokument ist im Internet verfügbar unter <https://www.europarl.europa.eu/committees/de/supporting-analyses-search.html>